



CHEMIEINDUSTRIE STÄRKEN, INDUSTRIELAND BLEIBEN

Gemeinsame Resolution für den
Chimestandort Bayern

Für eine wettbewerbsfähige,
innovative und zukunftsfähige
Chemieindustrie

**Gemeinsame Resolution für den Chemiestandort Bayern:
Für eine wettbewerbsfähige, innovative und zukunftsfähige
Chemieindustrie**

CHEMIEINDUSTRIE STÄRKEN, INDUSTRIELAND BLEIBEN

1. Ausgangslage

Die Chemieindustrie ist eine tragende Säule der industriellen Wertschöpfung in Bayern und Deutschland. Sie steht am Anfang nahezu aller industrieller Wertschöpfungsketten und ist Grundlage für Wohlstand, Beschäftigung, Innovation und Transformation. Darüber hinaus leistet die Chemieindustrie einen wesentlichen Beitrag zur industriellen Resilienz und zur Versorgungssicherheit. Sie stellt unverzichtbare Vorprodukte für kritische Infrastrukturen, Gesundheit, Energie, Mobilität sowie sicherheitsrelevante Anwendungen bereit.

Dennoch befindet sich die Chemiebranche in einer außergewöhnlich angespannten Lage. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer der schwersten Wirtschaftskrisen seit Bestehen der Bundesrepublik. Grund hierfür ist eine Kombination aus hohen Energie- und Rohstoffkosten, wachsender Bürokratie auf allen Ebenen, steigenden regulatorischen Anforderungen sowie geopolitischen Spannungen mit neuen Handels- und Zollbarrieren.

Das Produktionsniveau der Chemieindustrie (ohne Pharma) liegt deutlich unter dem Vorkrisenniveau und ist auf dem Stand der frühen 1990er Jahre. Die Kapazitätsauslastung ist mit rund 70 % niedrig und weit unter der Rentabilitätsschwelle. Investitionen werden verschoben oder ins Ausland verlagert. Auftragseingänge sind rückläufig, Standorte geraten Gefahr. Eine kurzfristige Trendwende ist nach aktueller Einschätzung nicht in Sicht.

Bayern ist ein bedeutender Chemiestandort und ein starkes Chiemeland. Rund 500 Chemie- und Pharmaunternehmen – vom mittelständischen Betrieb bis zum global tätigen Konzern – sind hier angesiedelt und erwirtschafteten 2024 einen Umsatz von über 21 Mrd. EUR. Neben wichtigen Chemieregionen wie dem Bayerischen Chemiedreieck, den Metropolregionen München, Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt sowie in Obernburg, gibt es viele Unternehmen verteilt in der gesamten Fläche Bayerns. Sie bieten rund 90.000 hochwertige Arbeitsplätze und schaffen jedes Jahr rund 1.000 neue Ausbildungsplätze.

Die Chemiebranche steht vor der Herausforderung, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und einen zentralen Beitrag zur Transformation, Kreislaufwirtschaft und Klimaneutralität zu leisten. Dafür braucht es verlässliche, wettbewerbsfähige und planbare Rahmenbedingungen. Denn nur mit einer gesunden, investitionsfähigen Industrie sind Nachhaltigkeitsziele erreichbar und Wohlstand zu erhalten.

2. Gemeinsames Verständnis und Ziel

Das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi), die Gewerkschaft IGBCE und die Bayerischen Chemieverbände (VBCI und VCI-Landesverband Bayern) bekennen sich gemeinsam zu Erhalt und Weiterentwicklung des Chemiestandorts Bayern. Mit dieser Resolution verbinden wir das gemeinsame Ziel, industrielle Wertschöpfung, gute Arbeit, Innovation und Zukunftsfähigkeit zusammenzudenken.

Wir sind überzeugt: Ohne eine starke Chemieindustrie gibt es weder nachhaltigen Wohlstand noch eine erfolgreiche industrielle Transformation. Transformation kann nur gelingen, wenn Unternehmen an ihren Standorten wirtschaftlich tragfähig sind. Heimische Industriearbeitsplätze mit Mitbestimmung und Tarifverträgen, müssen durch gute Rahmenbedingungen geschützt und gestärkt werden und öffentliche Unterstützung muss zur nachhaltigen Sicherung der Standorte beitragen. Der Erhalt

des Chemiestandorts Bayern und Deutschland ist auch eine Frage strategischer Handlungsfähigkeit.

3. Unsere gemeinsamen Forderungen

Um den Chemiestandort Bayern und Deutschland zu sichern und zukunftsfähig aufzustellen, sind aus unserer Sicht folgende Maßnahmen erforderlich und schnell umzusetzen:

↗ Wettbewerbsfähige Energiepreise und Netzentgelte

Die hohen Kosten für Energieerzeugung und -verteilung belasten die Wettbewerbsfähigkeit und erschweren Investitionen in die Elektrifizierung von Produktionsprozessen. Die Entlastungen aus einer Ausweitung der Strompreiskompenstation und einem Industriestrompreis-Instrument müssen schnell und nachhaltig wirken. Dafür muss der Beihilferahmen voll ausgeschöpft werden. Zusätzliche nationale Anforderungen sind zu vermeiden. Strompreiskompensation und Industriestrompreis müssen für Unternehmen kombinierbar sein. Die Bundesregierung soll sich zudem bei der EU-Kommission für eine Verbesserung des Beihilferahmens CISAF einsetzen, damit der Industriestrompreis nachhaltige Entlastung bringen kann. Die Netzentgelte müssen dauerhaft und planbar gesenkt und weitere Belastungen vermieden werden.

↗ Verlässlicher Schutz vor Carbon Leakage

Der CO₂-Preis im EU-Emissionshandel (ETS I) und der absehbare Anstieg gefährden die chemische Industrie und verhindern Investitionen. Die Grundparameter des ETS I brauchen ein Update. Ohne ausreichenden Schutz vor Carbon Leakage droht die Produktionsverlagerung in andere Regionen und erlahmt die Transformation der chemischen Industrie in Europa. Bis dieser Schutz besteht, muss die freie Zuteilung von Zertifikaten im ETS I auf dem Niveau von 2025 beibehalten werden.

↗ Bürokratieabbau und bessere Regulierung

Die angekündigten Maßnahmen zur Entbürokratisierung auf EU-Ebene (Umwelt-Omnibus) müssen konsequent und zeitnah umgesetzt werden. Die Vorschläge der EU-Kommission reichen aber nicht. Es braucht einen darüberhinausgehenden Bürokratierückbau und Erleichterungen z.B. bei der Industrieemissionsrichtlinie, der Kommunalabwasserrichtlinie, der Entwaldungsverordnung und bei der Ökodesignverordnung. Grundsätzlich muss die Umsetzung europäischer Vorgaben in nationales Recht möglichst schlank und pragmatisch erfolgen – keine Übererfüllung von europäischen Vorgaben!

↗ Praxistaugliches Chemikalienrecht

Das europäische Chemikalienrecht muss vereinfacht und besser vollzogen werden, jedoch ohne Öffnung der EU-Chemikalienverordnung REACH. Der geplante Legislativvorschlag muss zurückgestellt werden. Notwendige Vereinfachungen lassen sich im bestehenden Regulierungsrahmen erreichen.

↗ Innovationen fördern und Transformation ermöglichen

Die Transformation erfordert Investitionen in Schlüsseltechnologien wie Kreislaufwirtschaft, chemisches Recycling und CO₂-Abscheidung und -nutzung. Notwendig sind verlässliche Rahmenbedingungen für Skalierung, Genehmigung, Infrastruktur und Markthochlauf dieser Technologien. Die Übersetzung von Forschung in diesen Bereichen zur Entwicklung in industrielle Produktion ist die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des Industriestandorts.

↗ Raffinerien und Grundstoffproduktion sichern

Raffinerien haben einen herausragenden Stellenwert für die chemische Industrie. Sie stellen essentielle Grundstoffe bereit und sind Voraussetzung für integrierte Verbundsysteme, die eine zentrale Stärke des Industriestandorts Deutschland darstellen. Einzelne Anlagenschließungen auf der Raffinerie- oder

Chemieseite haben somit direkte und indirekte Auswirkungen auf nachgelagerte Wertschöpfungsstufen, entweder durch die Kappung physischer Stoff- und Energieströme oder durch Kostensteigerungen für die am Standort verbleibenden Anlagen, Verarbeitungseffizienz ginge verloren. Raffinerien stellen durch die technisch bedingte Kuppelproduktion eine breite Produktpalette her, die neben chemischen Grundstoffen auch Kraft- und Brennstoffe sowie weitere Produkte umfasst. Für den Erhalt und die Transformation der Verarbeitungskapazität an den Standorten bedarf es einer umfassenden Strategie. Diese muss, um die Zukunftsfähigkeit der Raffinerien zu erhalten und damit die Chemieproduktion zu erhalten, eine langfristige, wirtschaftliche Perspektive mit einer breiten Vielfalt an Absatzmärkten für Raffinerieprodukte ermöglichen. Darüber hinaus muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit mit international wettbewerbsfähigen Energie- und CO₂-Kosten wieder verbessert werden.

↗ Verbundstandorte und Chemieparks gezielt unterstützen

Integrierte Verbundstandorte, in denen Unternehmen entlang von Wertschöpfungsketten kooperieren, sind eine besondere Stärke des Chemiestandorts Bayern und Deutschland. Verbundstandorte und Chemieparks müssen bei Transformationsinvestitionen gezielt unterstützt werden, da sie das Rückgrat des Chemiestandorts Bayern und Deutschland bilden. Regulatorische Vorgaben müssen solche Standortkonzepte adäquat berücksichtigen und dürfen sie nicht benachteiligen.

Diese standortpolitischen Maßnahmen mit kurzfristigem Zeithorizont zur Umsetzung müssen durch den laufenden Prozess zur Chemieagenda 2045 ergänzt werden. Ziel muss es sein, nötige Sofortmaßnahmen einzuleiten und mittel- und langfristig tragfähige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Chemieindustrie am Standort Bayern und Deutschland zu schaffen.



4. Fazit

Der Chemiestandort Bayern und Deutschland steht an einem entscheidenden Punkt: Es braucht nun schnell ein entschlossenes, gemeinsames Handeln, um industrielle Wertschöpfung, gute Arbeit und Wettbewerbs- sowie Zukunftsfähigkeit in Einklang zu bringen. Diese Resolution ist ein gemeinsamer Appell, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und den Chemiestandort Bayern und Deutschland nachhaltig zu sichern und weiterzuentwickeln.



**Bayern und Deutschland brauchen eine starke Chemie –
heute und in Zukunft.**

München, 27. Januar 2026



Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Die Bayerischen Chemieverbände

Bayerische Chemieverbände



IGBCE Landesbezirk Bayern



Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie
www.stmwi.bayern.de